

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

23. Juni 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Bei einem Anschlag der Taliban auf Militärfahrzeuge der Nato auf einem Parkplatz eines Stützpunktes am Torkham-Checkpoint in der Provinz Nangarhar am 19.06.14 kamen bei einem Feuergefecht alle drei Angreifer ums Leben. Die Gebäude liegen an einer wichtigen Nachschubroute der NATO.

Bei einem Anschlag der Taliban wurden am 20.06.14 in der Provinz Helmand im Bezirk Nad Ali drei US-Soldaten getötet, als ein Sprengsatz auf einem Motorrad detonierte.

Präsidentenwahlen - Betrugsvorwürfe

Eine Woche nach der Stichwahl in Afghanistan (vgl. BN v. 16.06.14) erhebt Abdullah Abdullah schwere Vorwürfe gegen Ashraf Ghani's Wahlkampfteam, Präsident Karsai sowie die afghanischen Wahlbehörden und fordert einen Stopp der Stimmenaushölung wegen mutmaßlichen Wahlbetrugs. Abdullah unterbrach am 18.06.14 die Zusammenarbeit mit der Wahlkommission bis auf Weiteres und forderte die Einschaltung der Vereinten Nationen. Sollte die Stimmenaushölung weitergehen, habe das Ergebnis keinerlei Legitimität. Noch sind nicht alle Stimmen ausgezählt. Nach ersten Erkenntnissen von Mitarbeitern Abdullaha liegt Ashraf Ghani mit fast einer Million Stimmen vor Abdullah. In Kabul und Herat protestierten am Wochenende Anhänger Abdullaha gegen die mutmaßliche Wahlfälschung. Die Demonstrationen blieben friedlich. Indes wächst die Sorge vor einer innenpolitischen Krise.

Pakistan

Neue Großoffensive gegen Taliban- und al-Qaida-Kämpfer

Nach Armeeangaben sind bei Luftangriffen auf Stammesgebiete im Nordwesten Pakistans mindestens 30 Aufständische getötet worden. Kampfhubschrauber hätten am 21.06.14 die Bezirke Nord-Waziristan und Khyber angegriffen, so ein Sprecher der pakistanischen Streitkräfte. Drei Stunden später seien bei Angriffen auf drei Ziele in Nord-Waziristan weitere 20 Aufständische getötet worden. Alle Angriffe seien in Gebieten erfolgt, in denen keine Zivilbevölkerung lebe.

Bei einem Einsatz am 20.06.14 nahe Miranshah, Provinzhauptstadt von Nord-Waziristan, kamen bis zu 20 Menschen ums Leben.

Die pakistanischen Streitkräfte hatten am 15.06.14 eine lang erwartete Großoffensive gegen Taliban- und al-Qaida-Kämpfer begonnen, die in den halbautonomen Stammesgebieten entlang der Grenze zu Afghanistan ihre Rückzugsgebiete haben. Seit Beginn der Offensive wurden fast 280 Aufständische getötet. Nach jüngsten Angaben ergriffen zudem mehr als 200.000 Menschen die Flucht aus der Region.

Irak

Entwicklung der Lage

Die bewaffneten Auseinandersetzungen dauern an. Die Lage ist unübersichtlich. Laut Pressemeldung vom 23.06.14 soll die Terrororganisation Islamischer Staat im Irak und in Syrien, ISIS (auch: Islamischer Staat im

Irak und in der Levante, ISIL) in den vergangenen Tagen mehrere Orte im Westirak unter ihre Kontrolle gebracht haben.

Berichten von Augenzeugen zufolge sollen am 22.06.14 ISIS-Kämpfer einen Großteil der Stadt Haditha (Provinz Anbar), etwa 260 Kilometer westlich von Bagdad, unter ihre Kontrolle gebracht haben. Zuvor hätten sie die Ortschaften Ana, Rawa sowie al-Qaim (Provinz Anbar) im Grenzgebiet zu Syrien erobert.

Am 21. und 22.06.14 sollen ISIS-Kämpfer Berichten zufolge in den Städten Rawa und Ana (Provinz Anbar) 21 Menschen exekutiert haben. Es soll sich um Repräsentanten der bisherigen Autoritäten, darunter auch Stammesführer, handeln.

Paraden der Schiiten

Am 21.06.14 fanden in Bagdad, den Provinzen Maysan, Basra, Qadissiya, Karbala, Babil, Muthana, Dhi Qar, Najaf und Wasit Militärparaden schiitischer Milizen statt. Allein in Bagdad sollen tausende Anhänger des Schiitenpredigers Moqtada al-Sadr aufmarschiert sein. Laut irakischer Regierung hätten sich inzwischen mehr als 2,5 Millionen Schiiten freiwillig zum Kampf gegen ISIS gemeldet.

Libanon

Mehrere Tote und Verletzte bei Selbstmordanschlag

Bei einem Selbstmordanschlag am 20.06.14 sind mindestens zwei Menschen getötet worden. Nach Polizeiangaben sprengte sich der Attentäter in seinem Fahrzeug in der Nähe eines Kontrollpostens der Sicherheitskräfte im Osten des Landes in die Luft. Mitarbeiter des Roten Kreuzes berichteten von 34 Verletzten. Getötet wurde neben dem Attentäter auch ein Angehöriger der Sicherheitskräfte. Der Anschlag ereignete sich in der Bekaa-Region an der Hauptstraße von der Hauptstadt Beirut nach Syrien.

Türkei

Verfassungsgericht beschließt Freilassung von inhaftierten Militärs

Am 19.06.14 ordnete das oberste Gericht der Türkei die Freilassung von über 230 inhaftierten Militärs an, die vor zwei Jahren wegen der Beteiligung an einem Putschversuch im Zuge des Balyoz (Schmiedehammer) -Prozesses verurteilt worden waren. Die Richter stellten fest, dass von der Staatsanwaltschaft Beweismaterialien gefälscht und zudem gravierende Verfahrensfehler gemacht worden seien. Damit kann der Prozess neu aufgerollt werden.

Zudem verurteilte ein Gericht in Ankara am 18.06.14 die Anführer des Militärputsches im Jahr 1980. Dabei wurden der heute 96-jährige Putschistenführer und spätere Staatspräsident Kenan Evren sowie der 89-jährige Ex-Luftwaffenchef Tahsin Sahinkaya zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, sie müssen jedoch in Anbetracht ihres hohen Alters und schlechten Gesundheitszustands voraussichtlich nicht mehr ins Gefängnis.

Israel/Syrien

Israelische Luftwaffe bombardiert Ziele in Syrien

Nach israelischen Armeeangaben in der Nacht zum 23.06.14 hat die israelische Luftwaffe neun Stellungen der syrischen Armee auf den Golanhöhen als Vergeltung für den Tod eines israelischen Jugendlichen angegriffen. Israelische Panzer hatten zur Vergeltung in einer ersten Reaktion bereits am 22.06.14 syrische Armeestellungen jenseits der Grenze beschossen. Es war das erste Mal, dass ein Israeli durch syrischen Beschuss getötet wurde. Auf den Golanhöhen, die Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 teilweise besetzt hält, ist die Lage seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien angespannt. Zuletzt hatte die israelische Luftwaffe im März Armeestellungen in Syrien wegen eines Bombenanschlags auf den Golanhöhen beschossen, bei dem vier israelische Soldaten verletzt worden waren.

Syrien

ISIS erobert Grenzübergang zum Irak

Der sunnitischen Terrorgruppe ISIS ist es nach Medienberichten am 21.06.14 gelungen, den strategisch wichtigen Grenzübergang al-Walid zu Syrien unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Übergang ist einer von drei offiziellen Grenzübergängen zwischen dem Irak und Syrien, die Grenzposten seien vor den heranstürmenden ISIS-Kämpfern geflohen. Zuvor sollen sich bereits die syrischen Rebellen der Al-Nusra-Front und der Freien Syrischen Armee von dem Posten zurückgezogen haben. Die syrischen Rebellen nutzen den Grenzübergang jetzt, um in den Irak zu gelangen und dort gegen die Armee zu kämpfen.

Dutzende Tote nach Anschlag

Bei der Explosion eines mit Sprengstoff gefüllten Lastwagens in dem Dorf Al-Hurra in der westlichen Provinz Hama wurden vergangene Woche mehr als 30 Menschen getötet und über fünfzig verletzt. Die Islamische Front bekannte sich per YouTube-Video zu dem Anschlag und rechtfertigte ihn mit dem Kampf gegen das Assad-Regime. Regierungstruppen sollen den Ort bereits zuvor weitgehend kontrolliert haben.

Ägypten

Regierung vereidigt

Am 17.06.14 wurde die neue Regierung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi vereidigt. Ministerpräsident Ibrahim Mahlab sowie 34 Kabinettsmitglieder legten den Amtseid ab. Mahlab führte bereits seit dem 25.02.14 die Übergangsregierung. Zahlreiche Mitglieder der neuen Regierung gehörten bereits dem Interimskabinett an, 13 Posten wurden neu besetzt. Der frühere Botschafter in Washington, Sameh Schukri, wird neuer Außenminister, Mohammed Ibrahim bleibt Innenminister. Das Verteidigungsministerium führt weiterhin Sedki Sobhi.

Informationsministerium abgeschafft

Die Regulierung der Medien soll der Verfassung zufolge zukünftig eine unabhängige Einrichtung übernehmen. Deren Aufgaben sollen per Gesetz festgeschrieben werden.

Todesstrafen gegen Islamisten

Nach Angaben der Justizbehörde der ägyptischen Stadt Minja vom 21.06.14 bestätigte das Gericht in einem Berufungsverfahren mindestens 183 Todesurteile gegen Islamisten, darunter auch Mohammed Badie, Chef der Muslimbruderschaft. Etwa 500 Verfahren wurden eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte den Angeklagten vorgeworfen, an den Unruhen im August 2013 (s. BN v. 19.08. und 26.08.13) beteiligt gewesen zu sein. Die Urteile müssen noch von dem obersten islamischen Rechtsgelehrten in Ägypten bestätigt werden.

Libyen

Drahtzieher des Bengasi-Anschlags festgenommen

Am 15.06.14 nahmen US-Spezialeinheiten nahe Bengasi einen mutmaßlichen Drahtzieher des Anschlags auf das amerikanische Konsulat in Bengasi vom 11.09.12 fest, bei dem der US-Botschafter Christopher Stevens und drei Wachleute ums Leben gekommen waren. Nach US-Angaben soll es sich dabei um Ahmed Abu Chattala handeln, den Gründer und Führer der libyschen islamistischen Terrorgruppe Ansar al-Scharia. Er sei nunmehr in US-Gewahrsam auf einem Schiff und soll vor einem amerikanischen Gericht angeklagt werden.

Nigeria

Angriffe der Boko Haram auf Dörfer

Am Morgen des 21.06.14 griffen im nordöstlichen Bundesstaat Borno mutmaßliche Kämpfer der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram in Armeeuniformen die Dörfer Chuha A, Chuha B and Korongilim (Chibok LGA) an. Sie sollen über 40 Personen getötet haben.

Bereits am 15.06.14 gegen 11 Uhr attackierte Boko Haram im Bundesstaat Borno den Markt des Dorfes Daku, Askira Uba LGA. Bis zu 25 Menschen wurden getötet sowie Geschäfte am Markt geplündert und in Brand gesetzt.

Anschlag auf Public-Viewing-Veranstaltung der Fußball WM

Am Abend des 17.06.14 zündete vermutlich ein Attentäter der Boko Haram vor dem „Jamilu Cross Fire“-Fußball-Übertragungszentrum im Stadtteil Tsamiyar Lilo von Damaturu (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Yobe) eine Bombe. Die Explosion ereignete sich kurz nach dem Anpfiff des Fußball-WM-Spieles Brasilien gegen Mexiko um 20 Uhr. Mindestens 21 Menschen starben.

Seit März 2014 erfolgten bereits drei Anschläge auf Zuschauer von Fußballspielen. Diese werden von Boko Haram für unislamisch gehalten.

Kenia

Erneut Angriff auf Küstenort

Nachdem bei einem Angriff auf den Ort Mpeketoni am 15.06.14 (vgl. BN v. 16.06.14) mindestens 48 Menschen getötet worden waren, fielen einem Angriff auf das benachbarte Dorf Poromoko in der Nacht zum 17.06.14 mindestens 15 Menschen zum Opfer. Bei beiden Anschlägen sollen die Angreifer gezielt Männer getötet haben, die nicht in der Lage waren, Koranverse zu zitieren. Sicherheitskräfte erschossen am 19.06.14 fünf Verdächtige. Al-Shabaab bekannte sich am 16.06.14 zu dem Anschlag auf Mpeketoni. Ein Sprecher der Gruppe erklärte die Küstenregion zum Kriegsgebiet und warnte Ausländer vor einem Urlaub in Kenia. Präsident Uhuru Kenyatta beschuldigte hingegen lokale politische Netzwerke und legte ein ethnisches Motiv nahe, da viele der Getöteten Angehörige der Kikuyu gewesen seien.

Uganda

USA verhängen Sanktionen wegen Gesetzes gegen Homosexualität

In einer Reaktion auf ein im Februar 2014 in Kraft getretenes Gesetz gegen Homosexualität, das drastische Strafen vorsieht, verhängten die USA einer Verlautbarung vom 19.06.14 zufolge Sanktionen gegen Uganda. Demnach dürfen ugandische Staatsbürger, die u.a. für schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Homosexualität verantwortlich gemacht werden, nicht in die USA einreisen. Wer hiervon konkret betroffen ist, wurde zunächst nicht bekannt. Auch seien von den USA finanzierte Programme für die Polizei Ugandas und das Gesundheitsministerium eingestellt sowie eine Militärübung mit Uganda abgesagt worden.

Somalia

Sicherheitslage

Laut Zeugenaussagen soll bei einem Autobombenanschlag in Mogadischu am 21.06.14 der Journalist Yusuf Ahmed Abukar getötet worden sein. Abukar war bekannt für seine Berichterstattung über die radikalislamische al-Shabaab-Miliz und seine regierungskritischen Äußerungen. Er arbeitete für einen Radiosender in Mogadischu und in Nairobi. Abukar ist der zweite Journalist, der 2014 in Somalia getötet wurde.

Ukraine

Poroschenko stellt Friedensplan vor

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am 18.06.14 einen Friedensplan mit 15 Punkten für den Osten des Landes vorgelegt. Dieser sieht neben einer Waffenruhe bis zum 27.06.14 unter anderem die Entwaffnung von Milizen sowie eine Dezentralisierung der Macht im Land vor. Zudem sollen prorussische Separatisten, die keine „schweren Verbrechen“ begangen haben, straffrei ausgehen. Die prorussischen Separatisten haben die Umsetzung des Friedensplanes verweigert. Russland hat indes die einseitige Feuerpause im Ukraine-Konflikt begrüßt. Putin rief zu einem Dialog zwischen Kiew und den Aufständischen im Osten des Landes auf. Trotz der angeordneten Waffenruhe wurden jedoch die Angriffe auf ukrainische Stützpunkte fortgesetzt. Bislang wurden in dem Konflikt mindestens 360 Menschen getötet, rund 35.000 Menschen sind auf der Flucht vor den Kämpfen.

Russisches Militär in „voller Gefechtsbereitschaft“

Ungeachtet der Appelle westlicher Staaten zur Deeskalation ordnete Putin die „volle Gefechtsbereitschaft“ seiner Truppen mit 65.000 Soldaten in Zentralrussland an. Bereits zuvor hatte Russland seine Truppen an der Grenze zur Ukraine um mehrere tausend Militärpersonen verstärkt.

Sri Lanka

Gewaltausbruch gegen Muslime

In den Küstenorten Alutgama und Beruwala im Südwesten sind im Zuge gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen mindestens vier Muslime getötet, über 80 verletzt, Dutzende Häuser, Geschäfte und einige Moscheen in Brand gesetzt worden. Örtliche Muslime warfen der Polizei vor, nicht rechtzeitig eingeschritten zu sein, als sie am 15.06.14 erstmals von Mitgliedern der radikalen buddhistischen Organisation Bodu Bala Sena (BBS) angegriffen wurden. Erst zwei Tage später ließ die Regierung Einheiten der Armee aufmarschieren, um die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Laut Zensus von 2011 sind 70,2 % der rund 20 Millionen Bewohner des Landes buddhistische Singhalesen, 12,5 % überwiegend tamilische Hindus, 7,9 % Muslime und 7,4 % Christen. Im Vordergrund stand bislang die tamilische Minderheit, weil deren militanter Arm, die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), für einen Separatstaat kämpfte und erst nach über 27 Jahren im Mai 2009 von der Armee vernichtend geschlagen wurde. Seit rund zwei Jahren steigt die Gewalt gegen Muslime.

China

Situation in Xinjiang

Nach Berichten vom 21.06.14 ramnten nicht näher identifizierte Angreifer das Polizeigebäude des Bezirks Yecheng (Präfektur Kashgar) mit einem mit Sprengstoff beladenen Fahrzeug. Die Polizei tötete mindestens 13 Angreifer. Im Bezirk Moyu (Präfektur Hotan) wurden bei einem Anschlag auf einen Kontrollpunkt am 20.06.14 fünf Polizisten von Unbekannten getötet. Menschenrechtsorganisationen zufolge starben in Xinjiang seit Anfang 2013 bei Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Sicherheitskräften mehr als 300 Menschen.

Haftstrafen für Aktivisten

Ein Gericht in der Stadt Xinyu (Provinz Jiangxi) verurteilte am 19.06.14 drei Mitglieder der „Bewegung neuer Bürger“ zu Haftstrafen. Liu Ping und Wei Zhongping wurden wegen Unruhestiftung und – aufgrund ihrer Unterstützung von Falun Gong – wegen der „Verwendung eines bösen Kults zur Behinderung der Justiz“ zu je sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. Li Sihua erhielt wegen Unruhestiftung eine dreijährige Haftstrafe. Die Aktivisten waren im April 2013 festgenommen worden, nachdem sie im Rahmen ihres Engagements gegen Korruption auf Plakaten hochrangige Beamte aufgefordert hatten, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen. Damit wurden bislang insgesamt zehn Mitglieder der Bewegung zu Haftstrafen verurteilt.

Hongkong: umstrittenes Referendum

Hunderttausende beteiligten sich am Wochenende an einem inoffiziellen Referendum über Verfahren für eine freie Wahl des Hongkonger Regierungschefs im Jahr 2017. Es stehen drei Vorschläge zur Wahl, denen gemeinsam ist, dass sie eine direkte Nominierung der Kandidaten vorsehen. Peking bezeichnete das Referendum als „illegal und ungültig“. Bislang bestimmt ein von Peking beeinflusstes Wahlkomitee den Regierungschef. Hongkongs Grundgesetz sieht dessen direkte Wahl 2017 vor. Die Auslegung der Bestimmung ist jedoch umstritten. Peking will den Bürgern wohl nur erlauben, aus einer Anzahl vorab durch ein Wahlkomitee nominierten Kandidaten direkt zu wählen. Aktivisten einer 2013 gegründeten Gruppe, die sich in Anlehnung an die Occupy-Bewegung „Occupy Central“ nennt, riefen das Referendum ins Leben. Sie drohen, im Juli das Zentrum Hongkongs durch Kundgebungen lahmzulegen, sollte es nicht zu der angestrebten Demokratisierung kommen. Nach Hackerangriffen auf die Computersysteme des am 20.06.14 begonnenen Referendums (online und in 15 Wahllokalen) wurde es bis zum 29.06.14 verlängert.

Die frühere britische Kronkolonie gehört seit 1997 zur Volksrepublik China und genießt unter dem Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“ weitgehende Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Doch beklagen Journalisten wachsende Einflussnahme aus Peking.